

Sorger, Claudia et al.

Research Report

"Wenn Mama und Papa arbeiten": Bedarf und Ausbau der Kinderbetreuung in Salzburg

AMS info, No. 562

Provided in Cooperation with:

Public Employment Service Austria (AMS), Vienna

Suggested Citation: Sorger, Claudia et al. (2023) : "Wenn Mama und Papa arbeiten": Bedarf und Ausbau der Kinderbetreuung in Salzburg, AMS info, No. 562, Arbeitsmarktservice Österreich (AMS), Wien

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/278445>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

»Wenn Mama und Papa arbeiten« – Bedarf und Ausbau der Kinderbetreuung in Salzburg

Zentrale Ergebnisse einer aktuellen Studie
im Auftrag des AMS Tirol und des AMS Salzburg

1 Einleitung

In Salzburg stehen Eltern vor besonderen Herausforderungen, wenn sie eine Kinderbetreuung für jüngere Kinder oder eine Betreuung für Schulkinder am Nachmittag benötigen. Ohne Unterstützung durch familiäres bzw. privates Umfeld würde sich in vielen Fällen eine Berufstätigkeit nur in sehr eingeschränktem Ausmaß bewerkstelligen lassen. Auch für Betriebe werden vermehrt die Schwierigkeiten bei der Personalsuche spürbar, die u. a. darauf zurückzuführen sind, dass ein Teil des Arbeitskräftepotenzials mangels Betreuungsangebot dem Arbeitsmarkt nicht oder nur eingeschränkt zur Verfügung steht.

Im Rahmen des Forschungsprojektes »»Wenn Mama und Papa arbeiten« – Bedarf und Ausbau der Kinderbetreuung in Tirol und Salzburg«¹ wurden 20 qualitative Leitfadeninterviews mit Eltern von Kindern bis hin zum schulpflichtigen Alter geführt, darüber hinaus wurden Fokusgruppen mit politischen VertreterInnen auf Landes- und Gemeindeebene mit einem Fokus auf BürgermeisterInnen sowie mit VertreterInnen der Sozialpartner abgehalten, die u. a. auch dazu dienen, die Situation und den Bedarf von Betrieben in den jeweiligen Regionen zu reflektieren. Um die vielschichtigen Aspekte des Themas und die Interessenlagen von Unternehmen, Eltern, Gemeinden und Kinderbetreuungseinrichtungen zu erfassen, wurden zudem 17 Interviews mit ExpertInnen aus den Bereichen von Arbeitsmarkt, Elementarpädagogik, Kinderbetreuung, Unternehmen und Familie geführt. Parallel zu den Erhebungsschritten wurden laufend aktuelle Ergebnisse aus bestehenden Datenquellen, aus anderen Forschungsprojekten sowie aus Medienberichten in die Analyse einbezogen.

2 Zur Situation der Kinderbetreuung

Österreich verfehlt mittlerweile zum zwölften Mal in Folge das Barcelona-Ziel für Unter-3-Jährige, wobei sich im Bundesländervergleich signifikante Unterschiede zeigen. Nur zwei Bundesländer erfüllen das Ziel einer 33-Prozent-Betreuungsquote in dieser Altersgruppe, das sind Wien (43,3 Prozent) und das Burgenland (37 Prozent). Am schlechtesten stellt sich die Betreuungssituation der unter-3-jährigen Kinder in Oberösterreich (19,6 Prozent) und in der Steiermark (18,6 Prozent) dar. In Salzburg liegt diese Quote bei 24,3 Prozent. Es bestehen auch deutliche Unterschiede in den Anwesenheitsdauern der Kinder. Während in Vorarlberg (80 Prozent), Tirol (56 Prozent) und Salzburg (55 Prozent) primär nur vormittags betreut wird, zeigt sich in Niederösterreich (62 Prozent) sowie Wien (73 Prozent) überwiegend eine ganztägige Betreuung.²

Die zeitliche Verfügbarkeit der Kinderbetreuungseinrichtungen ist von entscheidender Bedeutung für die Erwerbsmöglichkeiten der Eltern. Eine Vollzeitbeschäftigung der Eltern wird nur dann ermöglicht, wenn mindestens 45 Stunden die Woche bzw. neun Stunden pro Tag Betreuung möglich ist. In Salzburg befinden sich 47 Prozent der betreuten Kinder unter drei Jahren 2021/22 in VIF-konformer Betreuung³ und 54 Prozent der betreuten dreibis fünfjährigen Kinder.⁴ Hier zeigen sich v. a. auch regionale Unterschiede auf Bezirks- und Gemeindeebene.

3 Herausforderungen, Ansatzpunkte und Schlussfolgerungen

Aus den Analysen wurden folgende Herausforderungen, Ansatzpunkte und Schlussfolgerungen für den Ausbau des institutionellen Kinderbetreuungsangebotes formuliert:

¹ Das Projekt wurde vom AMS Salzburg und vom AMS Tirol gemeinsam in Auftrag gegeben und von L&R Sozialforschung (www.lrsocialresearch.at) im Jahr 2022 umgesetzt. Die Erhebungen beziehen sich dabei auf beide Bundesländer, die jedoch gesondert ausgewertet, aufbereitet und in einem jeweils eigenen Berichtsband dargestellt wurden. Download der Langfassung zu dieser Studie mit zwei Berichtsbänden in der E-Library des AMS-Forschungsnetzwerkes unter www.ams-forschungsnetzwerk.at/deutsch/publikationen/BibShow.asp?id=13743.

² Vgl. Statistik Austria (2022): Kindertagesheimstatistik. 2021/22.

³ Kriterien des Vereinbarkeitsindikators für Familie und Beruf (VIF): Ein Angebot von mindestens 47 Wochen pro Jahr, 45 Stunden wöchentlich, werktags an vier Tagen mindestens 9,5 Stunden und Angebot von Mittagessen.

⁴ Vgl. Statistik Austria (2022): Kindertagesheimstatistik.

- **Wo liegt der größte Betreuungsbedarf?** Der größte Bedarf an Betreuungsplätzen zeigt sich zum einen bei den Unter-3-Jährigen und zum anderen bei den Schulkindern. Eine der größten Herausforderungen bei der Betreuung von Kindern bis drei Jahren sind die Kosten. So gibt es besonders für diese Altersgruppe viele private Angebote, wodurch die Eltern mit einem hohen finanziellen Aufwand belastet werden. Hier gilt es, mehr öffentliche und kostengünstigere Angebote zu schaffen.
- **Betreuungsbedarf bei Kindern im Kindergartenalter:** Bei den Kindern im Kindergartenalter sind die spezifischen Problemlagen etwas anders. Die Angebotslandschaft wird als flächendeckender gesehen, problematisch sind hier insbesondere die Öffnungszeiten – sowohl die täglichen als auch die Ferienöffnungszeiten. Dies wirkt sich wiederum negativ auf die Vereinbarkeit von Familie und Beruf aus. Gefordert werden flexiblere und v.a. längere Öffnungszeiten sowie eine flächendeckende Ferienbetreuung.
- **Vereinheitlichung der verfassungsrechtlichen Zuständigkeiten und der Förderungen:** Eine besondere Herausforderung stellt auch die Betreuung von Schulkindern dar. Hier fehlt es vielerorts an den passenden Angeboten. Als altersspezifische bzw. angebotsspezifische Hürde wird hier u.a. die gesetzliche Lage gesehen. So liegt die Verantwortung der Schulen beim Bund, die der elementaren Kinderbetreuung in Kindergärten und Kinderkrippen und somit auch der außerschulischen Nachmittagsbetreuung bei den Bundesländern und den Gemeinden. Die ExpertInnen fordern diesbezüglich eine Vereinheitlichung der verfassungsrechtlichen Zuständigkeiten und der Förderungen. Die Problemlagen der Eltern betreffen hier ähnliche Punkte wie bei den jüngeren Kindern: unflexible Öffnungszeiten, fehlende Ferienbetreuungsangebote und hohe Kosten.
- **Kleinere Gruppengrößen und allgemein bessere Rahmenbedingungen:** Für alle Altersgruppen wahrnehmbar sind die Kritikpunkte der Eltern, dass die Qualität teilweise nicht den Erwartungen entspricht. Dabei wird jedoch vordergründig nicht die Arbeit der PädagogInnen und der Assistenzkräfte kritisiert, sondern vielmehr sehen die Eltern das Problem im Personalmangel und der damit einhergehenden Überlastung. Besonders brisant ist diese Situation für Eltern mit Kindern mit Behinderungen. Die Gewährleistung eines inklusiven und barrierefreien Angebotes für alle Kinder ist daher von besonderer Bedeutung. Die Eltern, aber auch die PädagogInnen selbst wünschen sich kleinere Gruppengrößen und allgemein bessere Rahmenbedingungen, damit die Betreuung den Bildungsauftrag erfüllen kann.
- **Kritik an der Bedarfsplanung:** Die gesetzliche Bedarfsplanung alle fünf Jahre wird teilweise stark kritisiert. So liegt die Verantwortung für die Durchführung sowie auch das Setzen von Maßnahmen bei den Gemeinden. Dabei werden Lücken im Kinderbildungs- und -betreuungsgesetz (S.KBBG §5)⁵ gesehen, die es »ermöglichen«, dass je nach Einstellung der EntscheidungsträgerInnen unterschiedlich verfahren werden kann. Hier braucht es mehr Transparenz und Verbindlichkeiten sowie ein aktives Aufbrechen traditioneller Wertehaltungen und Rollenbilder.
- **Rechtsanspruch auf Kinderbetreuung:** Um die Betreuung flächendeckend zu ermöglichen, wird u.a. auch darüber debattiert, ob ein Rechtsanspruch auf Kinderbetreuung zielführend wäre. Dabei zeigen sich diverse Meinungen. Zum einen wird hierbei gefordert, den Versorgungsauftrag der Gemeinden ernstzunehmen und daran orientiert auszubauen. Zum anderen wird der Rechtsanspruch auch als ein Instrument gesehen, mittels dessen Eltern mehr Druck auf die Gemeinden ausüben können.
- **Vereinfachung und der Ausbau von gemeindeübergreifenden Kooperationen:** Auch die Vereinfachung und der Ausbau von gemeindeübergreifenden Kooperationen wären ein wichtiger Hebel zur Abdeckung des Bedarfes an Kinderbetreuung. Über diesen Weg könnten Ganztagsbedarf, Inklusionsbedarf oder Bedarf für andere spezifische Gruppen besser auch für kleinere Gemeinden abgedeckt werden. In einigen einwohner*innenschwachen und strukturschwachen Gemeinden wird bereits jetzt in Gemeindekooperationen gearbeitet. Diese Kooperationen sollen beibehalten und ausgebaut werden.
- **(Bundesweit) Einheitliche Regelungen und Standards:** Wie sich gezeigt hat, ist die Angebotslandschaft äußerst divers im österreichweiten Vergleich mit einem ausgeprägten Stadt-Land-Gefälle. Die Verantwortung für Kinderbetreuung liegt bei den Gemeinden, wodurch sehr viel davon abhängt, ob die Thematik für die EntscheidungsträgerInnen relevant ist oder nicht. Von vielen der AkteurInnen auf Gemeindeebene wird daher die Einführung bundesweit einheitlicher Regelungen gefordert. Dies betrifft sowohl die Rahmenbedingungen der Kinderbetreuungsangebote (d.h. hinsichtlich der Gruppengrößen, Öffnungszeiten, Förderungen etc.) als auch bezogen auf die Ausbildungs- und die Personalsituation (einheitliche Gehaltsschemata, gruppenfreie Zeiten etc.). Ein Bundesrahmengesetz mit hohen Mindeststandards für die Qualität der Elementarbildung steht hier schon seit längerer Zeit als Forderung im Raum.
- **Bürokratieprobleme:** Die Förderungen werden von den GemeindevertreterInnen als sehr komplex und mit hohem bürokratischem Aufwand verbunden wahrgenommen. Problematisch werden auch gesetzliche Unterschiede bei den Förderungen (Förderung pro Kind vs. Förderung pro Pädagoge/Pädagogin) und Unterschiede zwischen den Betreuungsformen (Kindergarten, Tagesbetreuung etc.) gesehen.
- **Investitionen:** Derzeit werden in Österreich 0,7 Prozent des Brutto-Inlandsproduktes (BIP) in elementare Kinderbildung investiert – in den nordischen Ländern liegt dieser Wert bei über einem Prozent, in Norwegen sogar bei über zwei Prozent. Die Berufsgruppen der ElementarpädagogInnen fordern ein einheitliches Bundesgesetz, das autonome Gestaltungsmöglichkeiten weiterhin zulässt, sowie eine Investition des Bundes von einem Prozent des BIP in Kinderbetreuung.
- **Human Resources:** Die personellen Engpässe erschweren die Situation merklich für alle Beteiligten. Zentrale Forderungen diesbezüglich sind zum einen eine Anhebung der Gehälter und zum anderen die Schaffung besserer Rahmenbedingungen. Dies betrifft sowohl die Infrastruktur – hierbei v.a. die Räumlichkeiten – als auch die Arbeitsbedingungen. Es braucht kleinere

⁵ Vgl. S.KBBG (2019): Salzburger Kinderbildungs- und Betreuungsgesetz, Fassung vom 13.01.2023, www.ris.bka.gv.at/GeltendeFassung.wxe?Abfrage=LrSbg&Gesetzesnummer=20001217.

Gruppengrößen und mehr gruppenarbeitsfreie Zeiten für das Personal.

- **Die Ebene der Ausbildung:** Anpassungen und Veränderungen braucht es zudem auf der Ebene der Ausbildung. Von den AkteurInnen wird bemängelt, dass die Ausbildung nicht ausreichend auf die tatsächliche Praxis im Beruf vorbereite, sich junge Menschen (derzeit) zu früh für Ausbildung bzw. Beruf entscheiden müssten und daher dem fordernden Berufsalltag nicht standhalten könnten.
- **Tertiärisierung der Ausbildung:** Vor diesem Hintergrund wird die Aufwertung bzw. die Tertiärisierung der Ausbildung gefordert. Dies würde zum einen dazu führen, dass sich Auszubildende erst im Erwachsenenalter – und dann wahrscheinlich bewusster und dauerhafter – für den Beruf entscheiden würden, und zum anderen dazu, dass das Ansehen des Berufsfeldes generell steigen würde – u. a. durch höhere Gehälter und allgemein mehr Wertschätzung für den Berufsstand aufgrund der höheren Ausbildung.
- **Niederschwellige Zugänge zur Ausbildung:** Zusätzlich müssten auch niederschwellige Zugänge zur Ausbildung geschaffen und gefördert werden. Gerade die Matura wird von den befragten AkteurInnen als Hürde gesehen, die für manche nicht überwindbar ist. Dabei sind es jedoch auch QuereinsteigerInnen, die aufgrund des höheren Alters und der bereits vorhandenen Berufserfahrung sehr wertvoll für das Berufsfeld sein können.
- **Gesellschaftliche Anerkennung der Kinderbetreuung:** Einig sind sich die in der Studie miteinbezogenen AkteurInnen hinsichtlich eines Punktes: Kinderbetreuung verfolgt einen Bildungsauftrag, und diese Wertigkeit muss gesellschaftlich mehr Sichtbarkeit und Anerkennung erlangen. In diesem Zusammenhang braucht es ein gesellschaftliches Umdenken und vor allem auch politische Zugeständnisse. So ist Kinderbetreuung maßgeblich mitverantwortlich, wenn es um die Chancengleichheit am späteren Bildungsweg geht.



www.ams-forschungsnetzwerk.at

... ist die Internet-Adresse des AMS Österreich für die Arbeitsmarkt-, Berufs- und Qualifikationsforschung

Anschrift der AutorInnen

L&R Sozialforschung GmbH
Liniengasse 2A/1, Stiege 1, Tür 1, 1060 Wien
Tel.: 01 5954040
E-Mail: office@lrsocialresearch.at
Internet: www.lrsocialresearch.at

Alle Publikationen der Reihe AMS info können über das AMS-Forschungsnetzwerk abgerufen werden. Ebenso stehen dort viele weitere Infos und Ressourcen (Literaturdatenbank, verschiedene AMS-Publikationsreihen, wie z.B. AMS report, FokusInfo, Spezialthema Arbeitsmarkt, AMS-Qualifikationsstrukturbericht, AMS-Praxishandbücher) zur Verfügung – www.ams-forschungsnetzwerk.at.

P. b. b.

Verlagspostamt 1200, 02Z030691M

Medieninhaber, Herausgeber und Verleger: Arbeitsmarktservice Österreich, Abt. Arbeitsmarktforschung und Berufsinformation/ABI, Sabine Putz, René Sturm, Treustraße 35–43, 1200 Wien
Jänner 2023 • Grafik: Lanz, 1030 Wien • Druck: Ferdinand Berger & Söhne Ges.m.b.H., 3580 Horn

